



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 19. September 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit viel politischem Schwung und klarer Zielrichtung sind wir nach der Sommerpause in die zurückliegenden beiden Sitzungswochen gestartet. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Ob Investitionsimpulse, kommunale Stärkung, außenpolitischer Austausch oder solide Haushaltsplanung – die Koalition aus CDU/CSU und SPD arbeitet entschlossen daran, Deutschland zukunftssicher aufzustellen.

In der ersten der beiden Sitzungswochen haben wir wichtige Initiativen auf den Weg gebracht – unter anderem zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in Ländern und Kommunen, zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie durch eine eigens eingerichtete Enquete-Kommission sowie zur Stärkung unserer Energieversorgung. Auch außenpolitisch standen zentrale Debatten auf dem Programm: Ich konnte mich in mehreren Formaten mit internationalen Partnern austauschen, darunter israelische und deutsche Jugendliche sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Australien und Afrika. Der direkte Dialog mit unseren Partnern weltweit ist in Zeiten globaler Unsicherheit von unschätzbarem Wert – gerade wenn es um gemeinsame Werte, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung geht.

Die zweite Sitzungswoche stand dann ganz im Zeichen des Bundeshaushalts 2025. Als Union haben wir klar gemacht: Ein solider Haushalt muss Investitionen ermöglichen, ohne die Schuldenbremse auszuhebeln. Wir wollen Wachstum durch Innovation, Entlastung für Bürgerinnen und Bürger sowie gezielte Zukunftsausgaben – etwa in den Bereichen Bildung, Digitalisierung und Sicherheit. Zugleich haben wir deutlich gemacht, dass unsere Sozial- und Wirtschaftspolitik beides leisten kann: finanzielle Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ob bei den Ausschussberatungen, im Plenum oder im direkten Austausch mit Besuchergruppen – ich bin dankbar für die intensiven Wochen in Berlin. Sie zeigen, dass parlamentarische Arbeit Wirkung entfaltet – wenn sie durch Haltung, Sacharbeit und Nähe zu den Menschen geprägt ist.

Herzlichst,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Bundeshaushalt 2025 – Investieren, ohne Stabilität zu gefährden**
- **Enquete-Kommission soll Corona-Pandemie aufarbeiten**
- **Begegnungen aus dem Wahlkreis und aller Welt**
- **Podium zur deutschen Afrikapolitik**

Bundeshaushalt 2025 – Investieren, ohne Stabilität zu gefährden.

Mit dem Beschluss des Bundeshaushalts 2025 in der vergangenen Sitzungswoche endet die vorläufige Haushaltsführung, die infolge der vorgezogenen Bundestagswahl notwendig geworden war. Erstmals seit Jahresbeginn verfügt der Bund nun wieder über einen regulären Haushalt – wenn auch nur für die verbleibenden Monate des Jahres.

Der beschlossene Haushalt umfasst ein Gesamtvolumen von rund 476 Milliarden Euro. Trotz globaler Unsicherheiten und wirtschaftlicher Herausforderungen hält er an der Schuldenbremse fest – und setzt dabei klare politische Schwerpunkte. Die wirtschaftliche Erholung wird gestützt durch Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Klimaschutz. Gleichzeitig sorgt die Regierung für spürbare Entlastungen bei Energiepreisen und Steuern – für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Unternehmen.

Ein zentraler Fokus liegt auf der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit: Neben der weiteren Unterstützung der Ukraine werden auch die eigenen Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen gestärkt. Ergänzend ermöglichen Sondervermögen wie der Klima- und Transformationsfonds oder das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ gezielte

Investitionen – außerhalb der regulären Ausgabenbegrenzungen.

Standpunkt: Mit dem Haushalt 2025 beweist die Koalition aus CDU/CSU und SPD Handlungsfähigkeit und finanzpolitische Vernunft. In einer Zeit voller Unsicherheiten ist es richtig, auf Stabilität zu setzen und zugleich mutige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist dabei nicht nur ein ordnungspolitisches Prinzip, sondern Ausdruck generationengerechter Verantwortung. Auch wenn dieser Haushalt nur für einige Monate gilt, ist seine politische Signalwirkung groß: Deutschland bleibt wirtschaftlich verlässlich, politisch handlungsfähig und international glaubwürdig.

Die Union steht weiterhin für einen klaren finanzpolitischen Kompass: solide Haushalte, gezielte Prioritäten, kein Schuldenstaat auf Kosten kommender Generationen. •

Wir stärken die Finanzen von Ländern und Kommunen.

Mit dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKiFG) schaffen wir die gesetzlichen Grundlagen für die Verausgabung der 100 Milliarden Euro, die im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“ zur Verfügung gestellt werden.

Diese Mittel ermöglichen es Ländern und Kommunen, dringend notwendige Investitionen in Verkehrswege, Bildungsinfrastruktur, Digitalisierung oder Klimaschutzmaßnahmen vorzunehmen.

Flankierend wird durch die Änderung des *Sanierungshilfengesetzes* dafür gesorgt, dass auch die Sanierungsländer Saarland und Bremen an der neuen Strukturkomponente partizipieren können, ohne Einbußen bei den bisherigen Hilfen von jährlich 400 Mio. Euro befürchten zu müssen.

Ein weiteres Gesetz regelt die Umsetzung von Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes und erlaubt es den Ländern, die neue Strukturkomponente von 0,35 % des BIP im Rahmen ihrer Schuldenbremse zu nutzen – ein wichtiges Instrument, um finanzielle Spielräume gezielt für strukturschwache Regionen zu schaffen

Standpunkt: *Starke Kommunen sind das Fundament eines handlungsfähigen Staates. Mit der neuen Finanzarchitektur setzen wir ein klares Zeichen:*

Der Staat lässt seine Städte, Gemeinden und Länder bei der Umsetzung wichtiger Zukunftsaufgaben nicht allein. Die Union steht dafür, dass Investitionen dort ankommen, wo sie gebraucht werden – vor Ort, bei den Menschen. Durch die Kombination aus verlässlicher Finanzierung und schuldenbremsekonformen Regelungen sichern wir Stabilität und Handlungsfähigkeit gleichermaßen. •

Enquete-Kommission soll Corona-Pandemie aufarbeiten.

In der vorvergangenen Sitzungswoche hat sich die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ konstituiert. Vorsitzende ist meine Fraktionskollegin Franziska Hopfermann, die Union bringt darüber hinaus mit Mechthilde Wittmann als Obfrau, Michael Hose, Axel Müller und Lars Rohwer erfahrene Parlamentarier in die Arbeit ein. Ergänzt wird die Kommission durch namhafte Sachverständige aus Medizin, Bildung, Sozialverwaltung, Wirtschaft und Gesundheitswesen.

Ziel der Kommission ist es, Entscheidungen und Abläufe während der Pandemie kritisch zu überprüfen und konkrete Empfehlungen für den Umgang mit zukünftigen Pandemien zu erarbeiten. Der Abschlussbericht soll bis spätestens Juni 2027 vorliegen.

Standpunkt: *Die Corona-Pandemie war ein tiefer Einschnitt – gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch. Als CDU/CSU-Fraktion war es uns ein zentrales Anliegen, diesen Abschnitt deutscher Geschichte verantwortungsvoll und ehrlich aufzuarbeiten. Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Erkenntnisse: Was ist gut gelungen? Wo müssen wir besser werden? Und wie können wir Deutschland besser auf künftige Krisen vorbereiten?*

Unser Ziel ist klar: eine faktenbasierte, transparente Aufarbeitung – ohne ideologische Scheuklappen, aber mit dem klaren Blick für die Schwächen, die sich in Verwaltung, Kommunikation und Entscheidungsprozessen gezeigt haben. Diese Kommission ist ein notwendiger Schritt zu mehr Krisenresilienz und Vertrauen in staatliches Handeln. •

Begegnungen aus dem Wahlkreis...

Abseits des Plenarbetriebs durfte ich in der letzten Woche meine dritte und letzte BPA-Besuchergruppe in diesem Jahr in Berlin begrüßen. Der direkte Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Hochtaunus und Oberlahn ist mir stets ein besonderes Anliegen – denn Politik braucht Nähe und Rückkopplung.

Das Programm war vielseitig: Neben dem Gespräch mit mir im Bundestag standen Besuche im Bundeswirtschaftsministerium, eine politische Stadtrundfahrt sowie eine eindrucksvolle Führung durch die Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen auf dem Plan. Gerade dieser Ort mahnt uns, Verantwortung zu tragen – für Erinnerung, für Demokratie, für Menschlichkeit.

Auch zwei Schulklassen durfte ich kürzlich im Bundestag empfangen: die Heinrich-von-Gagern-Schule aus Weilburg und die Humboldtschule aus Bad Homburg.

Die Fragen der Schülerinnen und Schüler waren neugierig, klug und kritisch – genau das, was politische Bildung ausmacht. Es war mir eine Freude, ihre Perspektiven zu hören und mit ihnen über aktuelle Herausforderungen zu diskutieren.

Solche Besuche sind wertvoll – für beide Seiten. Ich danke allen, die dabei waren, für das Interesse und den offenen Dialog! •



... und aus aller Welt.

Internationale Begegnungen gehören zu den bereicherndsten Momenten meines politischen Alltags – nicht zuletzt, weil sie helfen, Perspektiven zu erweitern und Brücken zu bauen.

Besonders eindrucksvoll war in dieser Woche das gemeinsame Panel mit rund 30 deutschen und israelischen Jugendlichen, organisiert von der Deutschen Israelischen Gesellschaft und der International Diplomacy Initiative Israel. In einer Zeit, in der Antisemitismus und Israelhass in Deutschland wieder zunehmen, ist der persönliche Austausch wichtiger denn je. Umso ermutigender war es zu sehen, mit wie viel Neugier, Offenheit und demokratischer Haltung diese jungen Menschen miteinander diskutieren.

Gerade angesichts der schwierigen politischen Lage in Israel bleibt für mich – ebenso wie für meine Fraktion – klar:

Das Existenzrecht Israels als einziger jüdischer und demokratischer Staat auf dieser Welt ist nicht verhandelbar. Diese Verantwortung ist historisch begründet und bleibt auch in der Gegenwart unverzichtbar.

Ebenso spannend war mein Austausch mit der australischen Parlamentsabgeordneten Zoe McKenzie von der Liberal Party. In unserem Gespräch standen Fragen der Energieversorgung, des Handels sowie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Fokus.

Die wachsende geopolitische Bedeutung des indopazifischen Raums zeigt, wie notwendig eine engere europäisch-ozeanische Partnerschaft ist – auf Basis gemeinsamer Werte, wirtschaftlicher Verlässlichkeit und sicherheitspolitischer Resilienz.



Als Mitglied der deutsch-ozeanischen Parlamentariergruppe setze ich mich mit Nachdruck dafür ein, diese Beziehungen zu vertiefen – gerade mit Ländern wie Australien, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung teilen und in einer zunehmend herausgeforderten Weltordnung verlässliche Partner bleiben. •

Zukunft der Afrikapolitik – Interessen wahren, Partnerschaften stärken.

Die politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung Afrikas wächst – und mit ihr die Verantwortung Europas, die Beziehungen zu unserem Nachbarkontinent strategisch neu zu denken. In einem Panelgespräch der Britischen Botschaft Berlin und des European Council on Foreign Relations (ECFR) habe ich gemeinsam mit der kenianischen Botschafterin, dem Geschäftsträger Südafrikas und dem Afrika-Direktor des ECFR über die Herausforderungen und Chancen einer modernen deutschen und europäischen Afrikapolitik diskutiert.

Im Zentrum standen zentrale Fragen: Wie gelingt eine kohärente europäische Strategie gegenüber Afrika? Wie lassen sich Wertorientierung und Interessenpolitik glaubwürdig verbinden? Und welche Rolle kann der Privatsektor bei der grünen Transformation, im Bereich Migration und bei der Stabilisierung von Partnerstaaten spielen?

Mein Standpunkt ist klar: Eine außenpolitische Strategie, die auf rein moralischen Appellen oder reiner Interessenmaximierung basiert, greift zu kurz. Was wir brauchen, ist eine Politik, die Verantwortung mit Verlässlichkeit verbindet – gegenüber unseren afrikanischen Partnern ebenso wie gegenüber den Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit. Das heißt: Dialog auf Augenhöhe, strategische Investitionen in Reformpartnerschaften und eine klare Prioritäten-

setzung, etwa bei der Infrastrukturentwicklung, bei Bildungs Kooperationen oder beim Marktzugang für afrikanische Unternehmen.

Als Afrika-Berichterstatter meiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss werde ich mich weiterhin für eine Afrikapolitik einsetzen, die langfristig Vertrauen schafft und Chancen eröffnet – für beide Seiten.



Mein Dank gilt dem ECFR und der Britischen Botschaft für die Plattform zum Austausch. •

Junge Perspektiven, starke Mitarbeit.

Die beiden zurückliegenden Sitzungswochen waren nicht nur politisch intensiv, sondern auch arbeitsreich – im Büro, im Plenum und im direkten Austausch mit Besuchergruppen, Delegationen und Medien. Umso dankbarer bin mein Team und ich für die tatkräftige Unterstützung, die wir in dieser Zeit durch zwei engagierte Praktikanten erfahren durften: Joana Schnabel-David und Hans Döhne.

Für junge Menschen ist ein Praktikum im Bundestag oft der erste direkte Einblick in die parlamentarische Arbeit – für uns Abgeordnete sind es aber auch immer Begegnungen, die neue Perspektiven eröffnen, den eigenen Arbeitsalltag bereichern und das politische Interesse der nächsten Generation erlebbar machen.



Ich danke Joana und Hans ganz herzlich für ihre Unterstützung, ihr Engagement und ihre Neugier. Ich wünsche beiden alles Gute auf ihrem weiteren Weg – und bin sicher, dass wir von ihnen noch hören werden. •

Die gute Nachricht der Woche Deutschland ist MINT- Weltmeister.

Eine neue OECD-Studie mit dem Titel „Bildung auf einen Blick 2025“ bringt erfreuliche Erkenntnisse: Deutschland entwickelt sich zunehmend zu einem starken Magneten für internationale Studierende, insbesondere in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Im Wintersemester 2023/24 hatten rund 17 Prozent aller Studierenden einen ausländischen Pass – und Deutschland sticht heraus mit überdurchschnittlich vielen Abschlüssen in MINT-Disziplinen. Laut OECD ist Deutschland damit sogar Weltspitze in diesen Bereichen.

Das bedeutet: Unsere Hochschulen sind attraktiv, Forschung und Lehre in Naturwissenschaft und Technik finden internationale Anerkennung – und gerade diese Fächer sind zentral für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Allerdings zeigt die Studie auch deutlich auf, dass in anderen Bereichen noch Nachholbedarf besteht: Viele Jugendliche verlassen die Schule noch immer ohne Abschluss, und der Bildungserfolg hängt in Deutschland noch zu stark von der sozialen Herkunft ab.

Für mich ist klar: Die OECD-Ergebnisse sind ein starkes Signal dafür, dass unsere Bildungs- und Wissenschaftspolitik in den MINT-Bereichen Wirkung entfaltet.

Es zählt sich aus, auf Forschung, Technik und Innovation zu setzen – hier liegt eine Schlüsselkompetenz für Deutschlands Zukunft. Gleichzeitig dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen.

Gute MINT-Erfolge dürfen nicht über die strukturellen Defizite hinwegtäuschen, etwa beim Schulabschluss oder bei Chancengleichheit. Für mich heißt das: Wir brauchen weiterhin zielgerichtete Förderung – insbesondere in benachteiligten Regionen und für junge Menschen mit schwierigen Startbedingungen – damit Bildung wirklich allen offensteht. •